

Die Armee legt vor

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Armee ist und bleibt das wichtigste sicherheitspolitische Instrument des Bundes. Der Verteidigungsauftrag ist ihr Daseinszweck. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die von gewissen Kreisen postulierte Zeit der Sinnsuche vorbei. Der Verfassungsauftrag in Artikel 58 – «Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert. Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.» – wird von allen Bundeshausfraktionen anerkannt. Dies zeigt eine Umfrage der ASMZ im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober, die ab Seite 13 zu finden ist.

Just in dieser Vorwahlzeit legt die Armeeführung nun einen Bericht vor – Artikel dazu auf den Seiten 4 bis 10 –, in dem sie darlegt, wie sie wieder eine hohe Verteidigungsfähigkeit erlangen will. In klaren Worten wird aufgezeigt, was es dafür alles an personellen, materiellen und technischen Massnahmen braucht. Und sie hat dem Ganzen ein erstes Preisschild angehängt. Alleine für den ersten Schritt, der bis Anfang der 2030er-Jahre dauern soll, werden rund 13 Milliarden Franken veranschlagt. Für den gesamten Aufwuchs sowie zusätzlichen Vorrat an Munition, Betriebsstoffen und Ersatzteilen dürfte sich diese Summe auf 50 Milliarden Franken erhöhen.

Diese Dimensionen veranschaulichen, was in den letzten Jahrzehnten alles im Rahmen der «Friedensdividende» an unserem wichtigsten Sicherheitsinstrument weggespart wurde. Je früher die von der Armeeführung vorgerechneten zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen, desto schneller kann die Armee ihre Verteidigungsfähigkeit erlangen. Sie muss dafür ihre Fähigkeiten ausbauen, Lücken rasch schliessen und im ganzen Prozess ihre bestehenden Fähigkeiten erhalten.

Wenn nun die Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des BIP bis 2030, wie das das Parlament beschlossen hat, bis 2035 gestreckt wird – was der Bundesrat will –, bedeutet das eine längere Zeit der Unsicherheit. Die Versicherung «Armee» wird nicht halten können, was sie gemäss Bundesverfassung können muss. Die Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit würde so



Christian Brändli, Chefredaktor

christian.braendli@asmz.ch

in die späten 2030er-Jahre verschoben. Zudem entstünden neuerliche Fähigkeitslücken, gerade bei der Artillerie und der bodengestützten Luftabwehr. Die entsprechenden Waffensysteme sind schlicht am Ende ihrer Nutzungsdauer.

Anfang 2024 wird der Bundesrat den Räten erstmals eine Armeebotschaft vorlegen, welche die Fähigkeitsentwicklung in den kommenden zwölf Jahren beschreibt und auch die geplanten Investitionen aufzeigt. Der Bericht wird somit zum Lackmустest für die Parteien, ob sie es mit der Stärkung der Armee ernst meinen.

Die Armee hat vorgelegt. Nun muss die Politik den Ball aufnehmen. Mit der heutigen Zusammensetzung des Parlaments ist es schwierig, stabile Mehrheiten für höhere Armeeausgaben, einen höheren Sollbestand oder auch für eine kriegsgenügende Logistik zu finden – obwohl die drei bürgerlichen Fraktionen von SVP, Mitte und FDP eigentlich über ebendiese Mehrheit verfügen würden. Stolpersteine bilden können etwa die verstärkte internationale Zusammenarbeit, die der SVP gegen den Strich geht, oder dann auch Fragen, wie die Bodentruppen oder die Logistik auszugestalten sind.

Wenn es ums Geld für die Armee geht, treten GLP, insbesondere aber Grüne und SP auf die Bremse. Nach einer ersten kurzen, nachdenklichen Phase nach dem offenen Angriff Russlands im Februar 2022 ist die Linke wieder in alte Denkmuster zurückgefallen. Die Armeebudgeterhöhung wird heute als Überreaktion deklariert und die Schweiz trotz der weltweit zunehmenden Konfrontation zwischen den Blöcken als Insel gesehen, deren militärische Sicherheitslage sich – wundersamerweise, müsste man sagen – nicht verschlechtert habe.

Der Ausgang der Wahlen vom 22. Oktober wird gerade für die Zukunft der Armee und damit für die Sicherheit der Schweiz entscheidend sein.